Inhaltsverzeichnis

Einleitung 1
A. Gemeinwohl im Nationalstaat 8
I. Die Funktion des Gemeinwohls im Staat 8
1. Der Staat als Referenzobjekt für das Gemeinwohl 9
2. Das Gemeinwohl als Staatszweck 11
3. Das Gemeinwohl als Staatsziel und Staatsaufgabe 14
II. Der Begriff des Gemeinwohls im deutschen Grundgesetz 15
1. Gemeinwohl und öffentliches Interesse 16
2. Gemeinwohl im Grundgesetz 17
a. Gemeinwohl nach Häberle 17
b. Gemeinwohl nach Isensee 19
c. Gemeinwohl nach Uerpmann 22
d. Gemeinwohl nach Anderheiden 24
III. Der Begriff des Gemeinwohls in der deutschen Verfassungsrechtsprechung 27
IV. Ergebnis 31
B. Gemeinwohl in der Europäischen Union 33
I. Die Gemeinwohlfähigkeit der Union 34
1. Die Ablehnung eines europäischen Staates 35
a. Die Rolle der Staatlichkeit in der Entwicklung der Union 35
b. Europäische Staatlichkeit aus der Perspektive des deutschen Grundgesetzes 38
c. Europäische Staatlichkeit nach völkerrechtlichen Kriterien 41
2. Der Staatenverbund als Referenzobjekt des Gemeinwohlziels 44
a. Die Europäische Union als Staatenverbund 45
b. Das Gemeinwohlziel als Teil der Organisation von Herrschaft 47
c. Gemeinwohl in Internationalen Organisationen 49
3. Die Europäische Verfassung als Grundlage des europäischen Gemeinwohlziels 52
a. Die Verfassung der Europäischen Union 52
b. Die Europäische Union als Verfassungsverbund 56
c. Die Etablierung von Gemeinwohlzielen durch die europäische Verfassung 59
II. Die Gemeinwohlverantwortung der Union 62
1. Die Entwicklung des europäischen Gemeinwohlverbundes 63
a. Die Schaffung eines allgemeinen Gemeinwohlzwecks durch die Gründungsväter 64

Dieses Werk ist copyrightgeschützt und darf in keiner Form vervielfältigt werden noch an Dritte weitergegeben werden.
Es gilt nur für den persönlichen Gebrauch.

b. Die vordergründigen Gemeinwohlziele: Frieden und Binnenmarkt 68
c. Erweiterung der Gemeinwohlziele seit den 1970er Jahren 70
d. Relativierung der wirtschaftlichen Orientierung der Gemeinwohlziele 73
2. Das Solidaritätsprinzip als Grundlage des europäischen Gemeinwohlverbundes 76
a. Das Solidaritätsprinzip im Primärrecht 78
b. Die Verbindung von Solidarität und Gemeinwohl 82
aa. Solidarität und Gemeinwohl in der katholischen Soziallehre 83
bb. Solidarität und Gemeinwohl im Völkerrecht 83
c. Solidarität und Gemeinwohl im europäischen Recht 85
III. Ergebnis 90
C. Die primärrechtliche Konkretisierung der europäischen Gemeinwohlverantwortung 93
I. Der materielle Tatbestand des europäischen Gemeinwohls 97
1. Die Werte der Europäischen Union 98
a. Werte als rechtliche Kategorie 100
aa. Die Unvermeidbarkeit des Einflusses von Werten auf das Recht 101
bb. Die Verwendung von Werten im Recht am Beispiel der Grundrechte 102
cc. Die normative Wertbegründung durch den Vertrag von Lissabon 103
b. Die Einführung von Art. 2 EUV als Kern der europäischen Werte 105
c. Die Konkretisierung des Gemeinwohls durch die Werte 108
aa. Die dogmatische Funktion der Werte für das Gemeinwohl 109
bb. Die inhaltliche Konkretisierung des Gemeinwohls durch europäische Werte 111
(1) Menschenwürde 112
(2) Freiheit 113
(3) Demokratie 113
(4) Gleichheit 115
(5) Rechtsstaatlichkeit 116
(6) Wahrung der Menschenrechte 118
d. Die Bedeutung der Werte in der Rechtsanwendung 119
2. Die Ziele der Europäischen Union 122
a. Die dogmatische Funktion der Ziele für das Gemeinwohl 122
b. Die inhaltliche Konkretisierung des Gemeinwohls durch die europäischen Ziele 125
aa. Primärrechtliche Ziele der Union 125
bb. Lösung von Zielkonflikten 128
c. Die Verwendung der Ziele in der Rechtsanwendung 131

Dieses Werk ist copyrightgeschützt und darf in keiner Form vervielfältigt werden noch an Dritte weitergegeben werden.
Es gilt nur für den persönlichen Gebrauch.

II. Die kompetenzielle Beschränkung der europäischen Gemeinwohlsorge 134
1. Das Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung 135
a. Die allgemeine Begrenzung der Zuständigkeiten der Union 136
b. Der Zuständigkeitskatalog im Vertrag von Lissabon 137
c. Das Verhältnis von Zuständigkeiten und Gemeinwohl 140
aa. Finalitätsbestimmungen als Konkretisierung der Gemeinwohlziele 140
bb. Auswirkungen auf die Durchsetzungskraft der Gemeinwohlziele 141
(1) Die Ausgestaltung von Kompetenzen im Bereich des Binnenmarktes 143
(2) Die Ausgestaltung von Kompetenzen im Bereich der Sozialpolitik 147
(3) Ungleichgewicht zwischen wirtschaftlichen und sozialen Kompetenzen 149
e. Zuständigkeiten und Gemeinwohl in der Rechtsprechung des Gerichtshofs 150
2. Die Kompetenzausübungsschranken 153
a. Das Subsidiaritätsprinzip 154
b. Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz 158
c. Die Achtung der nationalen Identität und der grundlegenden Funktionen des Staates 161
III. Die Gemeinwohlverantwortung im Verbund von Mitgliedstaaten und Union 165
1. Die Verflechtung der Gemeinwohlverantwortung von Union und Mitgliedstaaten 166
a. Die arbeitsteilige Verwirklichung des allgemeinen Wohls 166
b. Die Verzahnung von nationalem und europäischem Gemeinwohl 168
2. Die mangelnde Kohärenz zwischen materieller und kompetenzieller Dimension der europäischen Gemeinwohlverantwortung 169
3. Mögliche Folgerungen für die primärrechtliche Ausgestaltung des Gemeinwohlverbunds 172
a. Angleichung von Kompetenzen und Zielen der Union 173
aa. Folgen einer Anpassung der Kompetenzen an die Ziele 173
bb. Folgen einer Anpassung der Ziele an die Kompetenzen 175
b. Stärkung der kompetenziellen Ebene mit gleichzeitiger Rücknahme der Ziele 176
aa. Begrenzung der Ziele bei stärkerer Betonung der Werte 177
bb. Eindeutigere Kompetenzverteilung zwischen Mitgliedstaaten und Union 179
IV. Ergebnis 181
D. Das Gemeinwohlkonzept der Union in den Bereichen der Sozialpolitik und der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse 185
I. Die Sozialpolitik im Gemeinwohlverbund 186

Dieses Werk ist copyrightgeschützt und darf in keiner Form vervielfältigt werden noch an Dritte weitergegeben werden.
Es gilt nur für den persönlichen Gebrauch.

1. Die Bedeutung der Sozialpolitik im Verlauf der Integration 188
a. Wirtschaftsintegration weitgehend ohne soziale Harmonisierung 188
b. Betonung der sozialen Dimension in der Einheitlichen Europäischen Akte 192
c. Bedeutungszuwachs der sozialen Ziele im Vertrag von Maastricht 193
d. Ausweitung des Kapitels zur Sozialpolitik im Vertrag von Amsterdam 194
e. Geringe Veränderungen im Vertrag von Nizza 196
f. Stärkung der sozialen Dimension durch den Vertrag von Lissabon 196
g. Fazit 200
2. Die zentralen Gemeinwohlakteure auf Ebene der Union 201
a. Die Handlungen der Kommission 202
aa. Das europäische Sozialmodell 203
bb. Die sozialpolitische Agenda 206
cc. Die soziale Dimension im Rahmen der Wirtschafts- und Währungsunion 210
dd. Die Entwicklung der offenen Methode der Koordinierung 212
ee. Fazit: Weitreichender Einfluss der Kommission 215
b. Die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs 216
aa. Die Grundfreiheiten und Gemeinwohlbelange 217
(1) Das finanzielle Gleichgewicht der sozialen Sicherheit 218
(2) Der Arbeitnehmerschutz 221
bb. Der Grundsatz der Gleichbehandlung und soziale Ansprüche 225
cc. Fazit: Die Anerkennung nationaler Gemeinwohlbelange 228
3. Die Gemeinwohlkonzeption der Union im Bereich der Sozialpolitik 229
a. Eine gemischt prozedural-materielle Konzeption 230
b. Union und Mitgliedstaaten zwischen Spannungsverhältnis und Kooperation 232
c. Fazit: Die Union als Gemeinwohlakteur 235
II. Die Dienstleistungen von allgemeinem Interesse im Gemeinwohlverbund 238
1. Die Entwicklung der primärrechtlichen Regelungen 240
a. Die Vorschriften des EWG-Vertrages 240
aa. Der weite Begriff der „Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse“ 242
bb. Die Aufgabe der Kommission als Kontrolleur und Gestalter 245
b. Die neue Vorschrift im Vertrag von Amsterdam 246
c. Die Veränderungen durch den Vertrag von Lissabon 249
aa. Die Aufgabe von Parlament und Rat als Gestalter 249

Dieses Werk ist copyrightgeschützt und darf in keiner Form vervielfältigt werden noch an Dritte weitergegeben werden.
Es gilt nur für den persönlichen Gebrauch.

bb. Das Protokoll über Dienste von allgemeinem Interesse 252
d. Die Regelung in der Grundrechte-Charta 253
e. Fazit 255
2. Die zentralen Gemeinwohlakteure auf Ebene der Union 256
a. Die Handlungen der Kommission 256
aa. Mitteilung der Kommission zu Leistungen der Daseinsvorsorge 1996 257
bb. Mitteilung der Kommission zu Leistungen der Daseinsvorsorge 2000 260
cc. Grünbuch zu Dienstleistungen von allgemeinem Interesse 2003 262
dd. Weißbuch zu Dienstleistungen von allgemeinem Interesse 2004 263
ee. Begleitdokument zu der Mitteilung „Ein Binnenmarkt für das Europa des 21. Jahrhunderts“ 2007 265
ff. Ein Qualitätsrahmen für Dienstleistungen von allgemeinem Interesse in Europa 2011 266
gg. Fazit 267
b. Die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs 270
aa. Die Zuständigkeit der Kommission nach Art. 106 Abs. 3 AEUV 272
bb. Die Voraussetzungen des Art. 106 Abs. 2 AEUV 273
cc. Staatliche Ausgleichszahlungen und Beihilfen 277
dd. Fazit 279
3. Die Gemeinwohlkonzeption der Union im Bereich der Dienstleistungen von allgemeinem Interesse 280
a. Eine gemischt prozedural-materielle Konzeption 280
b. Die Konzeption im Spannungsverhältnis zwischen Mitgliedstaaten und Union 283
c. Fazit: Die Union als Gemeinwohlakteur 285
III. Ergebnis 287
E. Zusammenfassung 290
Literaturverzeichnis 293

Dieses Werk ist copyrightgeschützt und darf in keiner Form vervielfältigt werden noch an Dritte weitergegeben werden.
Es gilt nur für den persönlichen Gebrauch.